

Antrag 88/II/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Vielfalt ist Stärke – Diversity-Programme umsetzen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bun-
2 destags und der Bundesregierung werden dazu aufge-
3 fordert, sich dafür einzusetzen, dass sich künftig Unter-
4 nehmen in Deutschland ab 100 Mitarbeiter*innen da-
5 zu verpflichten, DEI (engl. Diversity, Equity, Inclusion;
6 de: Diversitäts-, Gleichberechtigungs- und Inklusions-) -
7 Programme umzusetzen. Die Programme müssen not-
8 wendige Bedingung sein, um als Unternehmen an öffent-
9 lichen Ausschreibungen teilnehmen zu können. Darüber
10 hinaus soll die Bundesregierung gemeinsam mit der Char-
11 ta der Vielfalt e. V. der deutschlandweit größten Initiative
12 für Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz, weitere Anreize
13 für Unternehmen ausarbeiten, sich aktiv um Antidiskrimi-
14 nierung, Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion am
15 Arbeitsplatz zu bemühen.

16

17

18

19 Begründung

20 Aufgrund des Drucks der US-Regierung unter Präsident
21 Trump haben Unternehmen weltweit und darunter auch
22 namhafte deutsche Unternehmen wie VW und die Deut-
23 sche Telekom ihre Diversitätsprogramme in den USA deut-
24 lich reduziert oder eingestellt. Die US-Regierung verlangt,
25 dass Unternehmen weltweit, und nicht nur in den USA,
26 ihre DEI-Programme einstellen (vergl.: Tagesspiegel: Die
27 US-Regierung will Schweden zum Vertrag gegen Vielfalt
28 drängen, 8.5.2025). So hat sich der Softwarekonzern SAP
29 bereits innerhalb Deutschlands gänzlich von seinem Ziel
30 einer Frauenquote innerhalb des Unternehmens verab-
31 schiedet (Deutsche Welle: Diskriminierung - Beenden Un-
32 ternehmen Diversity-Programme? 26.5.2025).

33

34 Die Förderung von Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion ist
35 durch das Erstarken von Rechtspopulisten weltweit be-
36 droht. Umso aktiver muss die Bundesregierung die Un-
37 ternehmen in die Pflicht nehmen, Antidiskriminierung,
38 Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion am Arbeits-
39 platz zu fördern. Der Wirtschaft wird durch eine rechtli-
40 che Verpflichtung die Entscheidung abgenommen, ob sie
41 DEI-Programme bspw. auf Druck des amerikanischen Prä-
42 sidenten einstellen oder nicht bzw. ob grundsätzlich wel-
43 che einführen.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**